

SPD Landesverband
Mecklenburg-Vorpommern
Wismarsche Straße 152

19053 Schwerin

Stralsund, 6. November 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Genossinnen und Genossen,

hiermit erkläre ich meinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Für die gemeinsame Zeit und für jedwede mir zuteilgewordene Unterstützung bedanke ich mich aufrichtig.

Ich habe viele Jahre auf eine Rückkehr von der Gesinnungs- zur Verantwortungspolitik gehofft. Dergleichen zeichnet sich nicht ab. In Summe wird die Partei mit steigender Tendenz von Strömungen und Personen geprägt, die gesinnungsethische Ziele über Realpolitik stellen.

Als Demokrat habe ich diesen Kurs zu respektieren.

Länger mittragen kann ich ihn nicht.

Ich führe den Aufstieg der AfD auf diese Politik zurück. Sie erscheint vielen als abgehoben und wirklichkeitsfremd. Und sie hat reale negative Auswirkungen für die Bürger.

Zum Verständnis meiner Beweggründe gehe ich auf drei Bereiche konkreter ein:


1. Im Bereich Asyl und Migration werden offenkundige Missstände bis heute verdrängt. Die Bundesregierung hat in der Asylpolitik zwar eine Kursänderung vollzogen. Die ehrliche Debatte über diese Missstände rechne ich in der SPD aber weiterhin nicht. Bemerkungen Saskia Eskens und anderer SPD-Spitzenpolitiker lassen wenig kritische Reflexion erkennen. Vor dem Hintergrund sozialdemokratischer Werte bestürzt mich seit Jahren unsere Toleranz gegenüber der in migrantischen Milieus verbreiteten Intoleranz. Selbst beim Herzensthema der Gleichberechtigung von Frauen schaut man bereitwillig weg. Hieran sieht man besonders, wie stark die Gesinnungspolitik die SPD dominiert. Unter diesen Rahmenbedingungen ist die dringend erforderliche inhaltliche Wende höchst unwahrscheinlich.
2. Die schwindende Durchsetzungsfähigkeit des Rechtsstaates ist ein unterschätztes Problem für den sozialen Frieden. Ohne eindeutiges Gewaltmonopol des Staates entwickeln Parallelgesellschaften eigene Gewaltmonopole. Wirklichen Rechtsschutz gibt es gegen solche Auswüchse nicht. Betroffene Bürger sind dem ausgeliefert. Eine moderne Sozialdemokratie müsste ein starkes Interesse an starken Sicherheitsorganen wie der Polizei haben. Dem ist aber nicht so. Im

linken politischen Spektrum gilt die Polizei bis heute unterschwellig als Gegner und nicht als Stütze des Rechtsstaats. Auch in der SPD sind solche Positionen salonfähig. Zwar wird im Allgemeinen stets die volle Rückendeckung versichert. Im Konkreten muss sich die Polizei aber häufig rechtfertigen, wenn sie Recht konsequent durchsetzt. Und hinsichtlich eines möglichen Rassismus gilt gegen sie eine Schuldvermutung. Ein schwacher Rechtsstaat wird gerade die Schwächeren und Rechtstreuen nicht ausreichend schützen können.

3. Das Bürgergeld ist gesinnungspolitisch gut gemeint. Sozial gerecht ist es nicht. Viele Menschen ziehen sich nun vom Arbeitsmarkt zurück. Die steigenden Soziallasten verteilen sich auf immer weniger Schultern. In Zeiten, in denen jede helfende Hand gebraucht wird, befördern wir die Utopie eines anstrengungslosen Lebens. In Wahrheit muss sich der arbeitende Rest der Bevölkerung für die anderen mitanstrengen. Der Arbeitskräftemangel gefährdet unsere Wirtschaft und damit unseren Sozialstaat. Weitsichtige Sozialpolitik müsste dem Problem entgegentreten und Arbeitsanreize schaffen. Die Ampel-Koalition macht das Gegenteil. Ungesteuerte, unqualifizierte Zuwanderung löst im Saldo natürlich kein Sozialstaatsproblem. Gegenteilige Behauptungen sind gesinnungspolitisches Wunschdenken.

Nach vielen Jahren Mitgliedschaft fällt mir der Austritt schwer. Abschließend ist mir wichtig zu betonen, dass ich die gute fachliche und persönliche Zusammenarbeit mit allen sozialdemokratischen Akteuren in Bund, Land und Kommunen wertschätzend und vertrauensvoll fortsetzen werde.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Stefan Kerth